

Änderungsantrag - Nr. StVV - Ä-AT 9/2025 (§ 36 GStVV) zu Vorlage StVV - V 78/2025 - Tischvorlage		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.10.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P zu Vorlage StVV - V 78/2025 - Haushaltssatzung 2025, Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 und des Finanzplans

Bremerhavener Haushaltskrise nachhaltig lösen – wirksames Haushalts-Controlling einführen!

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zum Haushaltsplan 2025.

Bremerhaven befindet sich in einer sehr ernsten Haushaltskrise. Erstmals seit der Gründung des Bundeslandes Freie Hansestadt Bremen hat die Landesregierung den kommunalen Haushalt nicht genehmigt. Damit steht die Seestadt weiterhin ohne einen Haushalt 2025 dar, obwohl das Jahr schon langsam zu Ende geht.

Ohne Zweifel ist die aktuelle Finanzausstattung von Kommunen nicht ausreichend. Das betont der Deutsche Städtetag immer wieder. Zuletzt hat er auf einen Investitionsrückstand von rund 200 Milliarden Euro in den Kommunen hingewiesen. Zudem müssen Städte und Gemeinden mit einer hohen Armutsquote überdurchschnittlich viel Geld für Sozialleistungen aufbringen, inklusive einer gerade hier nötigen besonderen öffentlichen Förderung zum Beispiel von Kindern im Bildungsbereich. Zugleich sind die Steuereinnahmen in solchen Kommunen vergleichsweise gering. In diesem Teufelskreis befindet sich auch Bremerhaven, denn Bremerhaven ist eine arme Stadt. Dies stellt die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat und hier vor allem die Kämmerei vor außergewöhnliche Herausforderungen und das ist anzuerkennen.

Diese extrem schwierige fiskalische Gesamtlage ist seit vielen Jahren ein zentrales politisches Problem unserer Stadt, wurde allerdings nicht hinreichend als ein solches wahrgenommen. Einige Jahre sprudelten die Steuereinnahmen über Erwartungen umfänglich, mal erlaubten es Ausnahmesituationen wie die Corona-Krise, trotz Schuldenbremse Kredite aufzunehmen. Folglich wurden die langfristig unvermeidbaren strukturellen Veränderungen in der Bremerhavener Haushaltspolitik nicht in Angriff genommen. Das rächt sich aktuell und wird zu schwerwiegenden Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben führen.

Solche Sparmaßnahmen sind schmerzhaft und vor allem auch deswegen bedrückend, weil sie auch eine Folge davon sind, dass die politischen Verantwortlichen in der Seestadt über längere Zeit in Sachen Haushaltspolitik zu sorglos agiert haben. Jetzt gibt es keine Alternative mehr zu deutlichen Kürzungen, die viele Bremerhavener:innen zu spüren bekommen werden.

Kürzungen allein sind aber nur ein Schritt für eine nachhaltige Lösung der aktuellen Haushaltskrise. Die Finanzen Bremerhavens müssen für die Zukunft resilienter aufgestellt werden. Die Stadt benötigt Strukturen und Instrumente, die die vorhandenen Mittel effizienter und somit klüger einsetzen. Im Grunde geht es darum, das Geld so auszugeben, dass mehr dort ankommt, wo es dringend benötigt wird.

Das entlastet zwar kaum die Haushalte 2025 und 2026. Es schafft aber die Basis dafür, Bremerhavens finanzielle Schwierigkeiten langfristig in den Griff zu kriegen. Mit anderen Worten: Wer heute ein effektives Haushaltscontrolling betreibt, hat morgen finanzpolitisch mehr Spielräume.

Aus diesem Grund möge der Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Beschluss der Vorlage Nr. STVV-V 78/2025 „Haushaltssatzung 2025, Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 und des Finanzplans 2023 bis 2027, hier: Fortsetzung der Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans 2025“ wird in folgender Weise geändert:

A) Beschlusspunkt 3 wird wie folgt geändert:

„Die Stadtverordnetenversammlung ~~begrüßt~~ **lehnt** den Erlass einer Gemeindefinanzordnung zur Konkretisierung der Kommunalaufsicht gemäß Artikel 147 der Landesverfassung **ab, da die Nicht-Genehmigung des Haushaltes durch den Finanzsenator bereits zu einer Neufassung der Haushaltssatzung 2025 geführt hat und ein Finanzaufsichtsgesetz daher überflüssig ist.** ~~,verbunden mit der Erwartung, dass auf dieser landesrechtlichen Grundlage die Finanzaufsicht über die Stadtgemeinde Bremen und die Stadt Bremerhaven als Teil der Kommunalaufsicht rechtssicher und abschließend geregelt.~~

B) Außerdem werden die folgenden Beschlusspunkte ergänzt:

4. Die Stadtverordnetenversammlung erweitert den Aufgabenbereich des Finanzausschusses zunächst bis Ende 2030 um den Bereich eines intensiven Controllings des kommunalen Haushaltsvollzugs. Dafür legt die Kämmerei dem Ausschuss einmal pro Quartal einen Konsolidierungsbericht vor, aus dem die Umsetzung der im Haushaltssicherungskonzept 2025 sowie in dessen Fortschreibungen festgehaltenen Maßnahmen detailliert hervorgeht. Im Rahmen des Haushaltsvollzugs kann der Finanzausschuss der Verwaltung Anweisungen erteilen, die zur Einhaltung des Haushaltssicherungskonzepts notwendig sind.
5. Der Finanzausschuss bewertet ab 2026 jeweils bis zum 30. März eines Jahres in einem Bericht die Umsetzung der im Haushaltssicherungskonzept dargestellten strukturellen Maßnahmen im jeweils vorangegangenen Haushaltsjahr und legt diesen der Stadtverordnetenversammlung vor.
6. Der Magistrat gibt ein Benchmarking der kommunalen Ausgaben Bremerhavens mit denjenigen vergleichbarer Städte in Auftrag. Dieses Benchmarking soll sowohl Personal- als auch konsumtive sowie investive Ausgaben der jeweiligen kommunalen Aufgabenbereiche vergleichen. Teil dieses Vergleiches soll zudem die Analyse des Finanzcontrollings (unter anderem Buchführungslogik, Ausgabenkontrolle, Gender Budgeting) und des Personalmanagements

(unter anderem Mitarbeitendenzufriedenheit, Arbeitsorganisation, Arbeitsbelastungen, Personalgewinnung) in anderen Städten sein. Die Ergebnisse dieses Benchmarks fließen u.a. unmittelbar ins Haushalts-Controlling des Finanzausschusses ein.

7. Der Magistrat wird beauftragt, kurzfristig das *Gesetz über Finanzausweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven (Finanzausweisungsgesetz)* mit dem Bremer Senat neu zu verhandeln mit dem Ziel, die Zuweisungen an die Stadt Bremerhaven zu steigern.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Claudius Kaminiarz und
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P